

Antrag

Initiator*innen: Lukas Unger (KV Pinneberg)

Titel: **Ä4 zu A14: Handlungsfähigkeit unserer Kommunen sichern!**

Antragstext

Von Zeile 35 bis 36 einfügen:

- Bürokratie produzieren, sondern sollen zunächst vorhandene Strukturen nutzen. Zudem muss das Land evaluieren, ob eine verstärkte einheitliche Digitalisierung durch den Bund in bestimmten Bereichen effizienter sein kann. Die Kommunen als häufigster Endnutzer müssen in der Entwicklung stärker mit einbezogen werden, Abläufe wie Prozesse Ende-zu-Ende digitalisiert und in der Gesetzgebung mitgedacht werden, sowie einheitliche Lösungen schon von Bundes- und Landesebene zur Unterstützung der Kommunen entwickelt werden.

Begründung

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, dass föderal getrennte Digitalisierungsprozesse häufig zu Doppelstrukturen und uneinheitlichen Lösungen führen. Deshalb muss geprüft werden, ob eine stärkere einheitliche Digitalisierung durch den Bund in bestimmten Bereichen effizienter ist.

Eine einheitlichere und konsequent Ende-zu-Ende gedachte Digitalisierung staatlicher Leistungen steigert Effizienz und Nutzerfreundlichkeit. Die bisherige Verteilung von Digitalisierungszuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Kommunen führt in der Praxis häufig zu parallelen Entwicklungen, Doppelstrukturen und zeitlichen Verzögerungen.

Wenn der Bund neue Aufgaben schafft, sollte bereits auf dieser Ebene die digitale Umsetzung mitgedacht und – wo sinnvoll – standardisiert werden. Dafür müssen die

Länder entsprechende Spielräume öffnen und die Kommunen frühzeitig und verbindlich in Entwicklungsprozesse einbezogen werden, da sie die Hauptverantwortung gegenüber Bürgerinnen und Bürgern in der täglichen Anwendung tragen. Einheitliche digitale Lösungen sowie klar definierte Zuständigkeiten verhindern Mehrfachaufwand und setzen öffentliche Mittel gezielter ein.

Weitergehende Standardisierung von Prozessen verhindert zudem, dass Aufgaben in mehreren Ebenen parallel und damit doppelt oder dreifach erarbeitet werden. Das Beispiel der Wärmeplanung zeigt dies deutlich: Zwar ist das vom Land bereitgestellte Wärmeportal im Digitalen Atlas Nord ein hilfreiches Instrument. Allerdings hatten einige Kommunen bereits eigene Planungen begonnen und Kreise eigenständige Lösungen entwickelt, bevor das Land seine Maßnahme vorstellte. So entstanden unnötige Mehrstrukturen und Doppelaufwände, die durch eine frühere Abstimmung von Zuständigkeiten vermeidbar gewesen wären. Daher sind sowohl gesetzgeberische Klarstellungen als auch eine engere und verbindlichere Kommunikation zwischen den Verwaltungsebenen erforderlich.

Unterstützer*innen

Peer Lessing (KV Pinneberg), Katrin Stange (KV Pinneberg), Andrea Eva Dreffein-Hahn (KV Pinneberg), Leonie Fischer (KV Pinneberg), Mathias Schmitz (KV Pinneberg), Nadine Mai (KV Pinneberg), Ann Christin Hahn (KV Pinneberg), Sebastian Rautert (KV Pinneberg), Dieter Abraham (KV Pinneberg)